

Pressemitteilung

Main-Kinzig

Kreistagsfraktion Main Kinzig

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

Tel. 06055/906070
mobil 0174/3019484
e-mail andreas.mueller@linksfraktion-mkk.de
web www.linksfraktion-mkk.de

18. Januar 2008

LINKE: HLB Warnung vor dem Ausverkauf

Main-Kinzig, Die Hinweise auf den Hinweisse auf Verkauf der Hessischen Landesbahn verdichten sich. Im Main Kinzig Kreis würde dies die Linie 56 Kahlgrundbahn, Linie 36 Gießen-Gelnhausen sowie die Linie 33 Friedberg-Hanau direkt betreffen.

Die LINKEN unterstützen hierbei die Forderungen der Gewerkschaft TRANSNET nach Sicherheiten für die Beschäftigten der Hessischen Landesbahn (HLB).

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag des Main-Kinzig Kreises Andreas Müller verlangte, dass noch vor den Landtagswahlen ein klares Signal an die Beschäftigten geben müsse. Hintergrund sind die anhaltenden Spekulationen über einen Verkauf des Unternehmens. Seit zwei Jahren zögen sich schon die Verkaufsspekulationen hin „Seit Januar 2006 schwebt das Damoklesschwert schon über den Köpfen der Beschäftigten.“

Viele Mitarbeiter hätten Angst davor, dass in Zusammenhang mit dem Verkauf Arbeitsplätze abgebaut werden könnten.

Die hessische CDU-Alleinregierung unter Ministerpräsident Roland Koch möchte das Thema Privatisierung öffentlichen Eigentums aus dem Wahlkampf heraushalten. Eine offizielle Entscheidung über den Verkauf der Hessischen Landesbahn GmbH (HLB) soll erst nach dem 27. Januar herbeigeführt werden. Müller bezieht sich dabei auf Erkenntnisse des gewerkschaftsnahen Verein Mobifair deren Beiratsmitglied er ist. Mobifair warnt hier ausdrücklich vor Begehrlichkeiten der britisch-amerikanische Bahn- und Busbetreiber First Group die die Landesbahn erwerben möchte und als Meistbietender beste Chancen hätte. Damit würde der private Verkehrsmulti auf dem staatlich subventionierten deutschen Nahverkehrsmarkt endgültig Fuß fassen.

»Da hier mit Lohndumping und brutalstmöglicher Kostensenkung offensichtlich hohe Renditen zu erzielen sind, sucht die First Group in Hessen fast um jeden Preis Stützpunkte«, vermutet der Landtagskandidat der LINKEN.

Die First Group ist durch die Privatisierungen in Großbritannien seit den 90er Jahren zum größten Bahn- und Buskonzern des Landes geworden und beschäftigt hier sowie in den USA 74 000 Menschen. Nach Angaben der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF), der auch die deutschen Gewerkschaften Transnet und ver.di angehören, legt der Konzern besonders rüde Geschäftsmethoden an den Tag. Er unternehme alles, um seine Beschäftigten von der Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Rechte abzuhalten. Löhne und Arbeitsbedingungen seien im branchenweiten Vergleich die schlechtesten, heißt es bei der ITF.

Unter dem Dach der Hessischen Landesbahn mit Sitz in Frankfurt sind neben Busgesellschaften mittlerweile auch Schienenverkehrsgesellschaften mit über 230 Kilometern Streckenlänge angesiedelt, darunter die osthessische Cantus Verkehrsgesellschaft und die westhessische Vectus.

Fahrgäste, Beschäftigte und betroffene Regionen würden über kurz oder lang die Folgen einer Übernahme der Landesbahn zu spüren bekommen, befürchtet Müller. So habe der Renditedruck bei der First Group in England längere Wartungs- und Reparaturfristen wie auch schlechtere Beschäftigungsbedingungen gebracht, erklärt die ITF. Käme dieser Konzern bei der HLB zum Zuge, dann müssten Triebfahrzeugführer und Busfahrer bald Zweitjobs suchen oder Überstunden leisten, weil sie von ihrer Tätigkeit kaum noch leben, warnt Müller. Darunter leide dann auch die Sicherheit für die Fahrgäste.

Artikel 41 der Hessischen Landesverfassung sieht vor, das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen in Gemeineigentum zu überführen. Das ist für die Privatisierungsstrategen von CDU und FDP offenbar kein Hinderungsgrund. Roland Koch machte sich in den letzten Wochen für ein staatliches Vetorecht stark, wenn ein ausländischer Staatsfonds an einem deutschen Unternehmen mehr als 25 Prozent der Anteile erwirbt. Privaten Käufern öffentlichen Eigentums soll man aber offenbar nicht misstrauen.

Andreas Müller

DIE LINKE. Fraktion Main-Kinzig